

Monatsspiegel



Oktober 2007



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Bayern, aber gerechter

von Wolfgang Vogel, Mitglied des Landtags

Liebe Genossinnen und Genossen, derzeit steht der Kommunalwahlkampf im Mittelpunkt unserer politischen Engagements in Erlangen. Wir wollen mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Ursula Lanig und ihrem Team für die Stadtratswahl wieder die bestimmende Kraft in Erlangen werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Erlangen ist viel zu bunt, um schwarz zu bleiben. Deshalb bitte ich nachdrücklich um Euer Unterstützung für Ursula und unsere KandidatInnen.

Gleichzeitig wollen und müssen wir jetzt auch die Weichen für die Landtags- und Bezirkstagswahlen stellen, die im Herbst nächsten Jahres stattfinden.

Der Kreisvorstand hat einstimmig vorgeschlagen, dass ich auch für die nächste Legislaturperiode als Landtagsabgeordneter antrete. Ich kandidiere wieder für den Einzug in den Bayerischen Landtag. Besonders freue ich mich auch darüber, dass unsere Fraktionsvorsitzende Gisela

Niclas sich bereit erklärt hat, für den Bezirkstag zu kandidieren.

Wir wollen beide unsere Kraft dafür einsetzen, dass das Jahr 2008 in Erlangen, im Bezirk Mittelfranken und im Land Bayern für die SPD zu einem großen Erfolg wird und die schwarzen Mehrheiten in die Schranken weist und deshalb bitten wir Euch um Euer Unterstützung.

Klares SPD-Profil zeigen

Wir brauchen eine Zukunftsvision, die mit einem klaren sozialdemokratischen Profil dem politischen und kulturellen Mehrheitsanspruch der CSU entgegen tritt. Mit dem Slogan „Bayern, aber gerechter“ hat die SPD begonnen, politische Alternativen aufzuzeigen und auch neue Köpfe zu profilieren.

Wir müssen die Probleme zur Sprache bringen, mit denen wir es in Bayern zu tun haben, denn nur wer die Realität kennt, die richtigen Fragen stellt und die

vorhandenen Probleme sieht, nur der kann Bayern wieder nach vorne bringen – gerechter und für die Zukunft gut gerüstet.

Die Probleme, die zum Abgang von Stoiber geführt haben, sind mit der Wahl von Günter Beckstein zum Ministerpräsidenten noch lange nicht vom Tisch. Es wird in Bayern mit der CSU keinen politischen Neuanfang geben, der dringend nötig wäre. Wir dürfen nicht vergessen: als stellvertretender Ministerpräsident hat er nicht nur bei allen Entscheidungen der Staatsregierung mitgestimmt, sondern er hat sie auch offensiv mitgetragen.

Unsere Positionen sind klar:

- „Bayern, aber gerechter“, das heißt: Bildung ohne soziale Auslese
- Das Thema Bildung steht als eindrucksvolles Beispiel für die Widersprüchlichkeit der CSU-Politik. Das aktuelle Hin und Her
- Fortsetzung auf Seite 3

02.10.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 16
05.10.	16:00	Ortsrundgang Tennenlohe	Ev. Kirche, Sebastianstr. (TP)	S. 14
06.10.	09:00	Fraktion: Haushaltsseminar	Turnerbund	S. 17
09.10.	20:00	Distrikt Frauenaurach	AWO-Raum	S. 12
09.10.	20:00	Distrikt Ost	Waldschänke	S. 13
09.10.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 14
10.10.	20:00	Distrikt Süd	Röthelheim-Biergarten	S. 13
11.10.	20:00	Nominierung Landtags-/BezirkstagskandidatIn	Turnerbund	S. 4
12.10.	20:00	Linkes Forum in der SPD Erlangen	Orpheus	S. 10
16.10.	19:00	Geburtstagsempfang Georg Fellner	Gemeindehaus Erlöserkirche	S. 6
16.10.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Schützenhaus	S. 12
17.10.	18:00	SPD – Erlanger Mitte	Waldschänke	S. 10
17.10.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 11
17.10.		Veranstaltung AsF/Jusos	E-Werk, Gruppenraum 4	S. 10
18.10.	16:00	Veranstaltung 60plus	Haus des Handwerks	S. 15
18.10.	20:00	Kreisvorstand	Angerwirt	
23.10.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Gasthof Rangau	S. 11
23.10.	20:00	Distrikt Innenstadt	Kulisse	S. 12
23.10.	20:00	Juso-Unterbezirk	August-Bebel-Haus	S. 16
31.10.	20:00	Distrikt West	Gasthaus „Zur Einkehr“	S. 14
11.11.	10:30	Dechsendorf: BürgerInnen befragen U. Lanig		
18.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 14

Kontakt
Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Robert Thaler
 Geschäftsführerin: Karin Franke
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Impressum
Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlangen

Auflage: 700 Stück

um das Thema Büchergeld macht deutlich: Das Schulchaos bleibt auch künftig Chefsache, die Verunsicherung im Bildungsbereich setzt sich fort.

Das Büchergeld in Bayern war von Anfang an eine krasse Fehlentscheidung der CSU. Es gehört endgültig abgeschafft - und zwar nicht erst als Geschenk vor der Wahl 2008, sondern sofort.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher fordern wir die Bildungsmilliarde für Bayerns Schulen und setzen damit die Maßstäbe in der Bildungspolitik.

Die BayernSPD ist das Original, die CSU die schlechte Kopie.

Seit Jahren stagnieren die Mittel für die Schulen im Staatshaushalt bei etwas über 17 Prozent. Die Folgen dieser Politik von CSU und Staatsregierung sind im ganzen Land zu sehen: zu große Klassen, Lehrermangel und Unterrichtsausfall.

Ziel unserer Arbeit ist es, die aktuelle Situation an den Schulen dramatisch zu verbessern. Ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro soll den Ausbau der Ganztagschulen vorantreiben. Zu einer verbesserten Situation in der Bildung gehören kleinere Klassen mit maximal 25 Schülern, mehr Lehrer und Lehrerinnen, Schulsozialarbeiter und Psychologen, eine konsequentere Einführung der Ganztagschule sowie die Bereitstellung von ausreichenden Finanzmitteln für Erwachsenenbildung und Weiterbildung. Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz soll es auch den kostenfreien Besuch von Kinder-tagesstätten geben.

- „Bayern, aber gerechter“, das heißt: Gute Ausbildung für und in Bayern

Grundlagen für die Zukunftschancen eines jungen Menschen sind ein qualifizierter Schulabschluss und eine adäquate Berufsausbildung. Aber in Bayern verlassen Jahr für Jahr zu viele junge Menschen die Schulen ohne Abschluss, erhalten zu viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Um Gerechtigkeit und Chancengleichheit für junge Menschen in Bayern herzustellen, muss sich die Landespolitik endlich stärker engagieren. Wir wollen deshalb zum Beispiel, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz erhält. Zusammen mit den Arbeitgebern, der Bundesagentur für Arbeit und den Gewerkschaften muss die Verbundausbildung vor Ort gestärkt werden. Wir fordern auch, dass die Staatsregierung ihre Verantwortung wahrnimmt und sich

verpflichtet, 1000 neue Lehrstellen im öffentlichen Dienst anzubieten.

- „Bayern, aber gerechter“, das heißt: Wissenschaftsinitiative statt Notprogramm

Die Hochschulen brauchen zur Bewältigung der aktuellen und der in den nächsten Jahren auf sie zukommenden Anforderungen (Stichworte: Erhöhung der Anzahl der StudienanfängerInnen bayernweit von derzeit ca. 260.000 auf 345.000, Umstellung auf Bachelor/Master, internationale Wettbewerbsfähigkeit) neben den Investitionen in Lehrpersonal, in nichtwissenschaftliches Personal und in Sachmittel (incl. Bibliotheken) dringend erheblich mehr Mittel für die Sanierung und Erweiterung des Baubestandes.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, nicht mit Notprogrammen behelfsmäßig die wachsenden Lücken zu stopfen, sondern diese Situation als Chance zu nutzen, um Bayerns Hochschulen zukunftsfähig zu machen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Wissenschaftsoffensive, die den Wissenschaftsstandort Bayern mit zielgerichteten Investitionen über das Jahr 2011 hinaus sichert.

In den nächsten Jahren sind Steuer-mehreinnahmen in Höhe von 2 Milliarden Euro zu erwarten. Angesichts dieser Zahl ist eine massive Aufstockung des Hochschulhaushaltes dringend geboten. Diese Mittel reichen jedoch nicht aus, um die Fehler der Vergangenheit auszugleichen. Obwohl das Wissenschaftsministerium selbst feststellt, dass den bayerischen Universitäten allein für die Sanierung der Uni-Standorte 3 Milliarden Euro fehlen, stieg auch im Haushaltsjahr 2007/08 der Hochschuletat nur unterdurchschnittlich.

Der Staat steht in der Verantwortung, die Hochschulen mit langfristig garantierten, verbesserten Mittelzuweisungen auszustatten. Nur so können Internationalität, Qualitätsentwicklung in Forschung und Lehre und ein modernes Hochschulmanagement umgesetzt werden.

- „Bayern, aber gerechter“, das heißt: Existenz sichernder Mindestlohn

Wir fordern für gute Arbeit Existenzsichernde Mindestlöhne, die verpflichtend als Stundenlohn festzusetzen sind. Es muss für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gesorgt werden. Dazu gehört fairer Lohn für gute Arbeit ebenso wie die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Gerechte Löhne für gute Arbeit sind notwendig. Wer Vollzeit arbeitet, soll davon leben können und

nicht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Auch wer Teilzeit arbeitet, hat Anspruch auf faire Bezahlung. Mindestlöhne sind eine Frage der Würde. Sie entsprechen den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Mindestlöhne schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen, sind Existenzsichernd und garantieren, dass diejenigen, die arbeiten, davon einen Vorteil haben.

Die Gewährleistung einer fairen und angemessenen Bezahlung ist aber nicht nur ein Gebot der Menschenwürde, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Mindestlöhne sind wichtig auch für die Arbeitgeber. Denn sie schützen ehrliche und solide Unternehmen vor unfairer Wettbewerb durch Lohndumping – auch aus dem Ausland. Mindestlöhne sichern so die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen.

Bayern muss hier die sinnvollen und wichtigen Initiativen der Gewerkschaften und der SPD auf Bundesebene unterstützen anstatt andauern zu bremsen!

- „Bayern, aber gerechter“, das heißt aber auch: Kein Transrapid in München!

Das Transrapidprojekt in München ist technisch, verkehrspolitisch und finanziell unsinnig, es ist industriepolitisch wirkungslos und wird gegen den Willen der Bevölkerung im gesamten Freistaat vorangetrieben. Mit allen Kostensteigerungen wird Bayern wahrscheinlich eine Milliarde Euro für den Transrapid bezahlen. Jeder Euro, der für den Transrapid ausgegeben wird, fehlt überall im Land für andere wichtige Projekte.

Die Transrapid-Milliarde geht auch zu Lasten der Bildung: Wir brauchen mehr Lehrer in unseren Schulen, damit unsere Kinder in kleineren Klassen besser lernen können. Wenn in München die Stoiber-Gedächtnis-Bahn gebaut wird, bleibt dafür erst recht kein Geld mehr übrig!

Bayern braucht einen Neuanfang: politisch und personell.

Es wird für uns nicht leicht werden, unsere Forderungen erfolgreich anzugehen. Aber wir haben einen hoffnungsvollen Anfang gemacht:

„Bayern – aber gerechter“ – so lautet die Forderung, die zunehmend mit unserer Partei identifiziert wird. Wir wollen, dass von der Wirtschaftskraft und den Zukunftschancen in Bayern alle profitieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Kinder auch aus sozial

Fortsetzung auf Seite 5

Nominierungsversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
statt einer Kreismitgliederversammlung laden wir im Oktober ein zur

Nominierungsversammlung der Landtags- und Bezirkskandidaten

**Donnerstag, 11. Oktober 2007, 20.00 Uhr,
Turnerbund , Spardorfer Str. 79**

Wir laden Euch alle herzlich zur Veranstaltung ein. Stimmberechtigt sind allerdings nur die Genossinnen und Genossen, die auf der KMV am 13. September als Delegierte gewählt wurden (vgl. Seite 10).

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Genehmigung der Tages- und Geschäftsordnung
3. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
4. Wahl der Versammlungsleitung nach Wahlgesetz - Versammlungsleiter und Schriftführer/in
5. Nominierung der Landtagskandidatin/ des Landtagskandidaten
 - a) Wahlvorschläge
 - b) Vorstellung der Bewerber/innen mit Aussprache
 - c) Wahl der Landtagskandidatin bzw. des Kandidaten
6. Nominierung der Bezirkstagskandidatin/ des Bezirkstagskandidaten
 - a) Wahlvorschläge
 - b) Vorstellung der Bewerber/innen mit Aussprache
 - c) Wahl der Bezirkskandidatin bzw. des Kandidaten
7. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die Wahlkreis-Konferenz
8. Benennung von zwei Versammlungsteilnehmern/-innen zur Abgabe der eidesstattlichen Erklärung über die Wahlvorschläge
9. Benennung eines Beauftragten und stellv. Beauftragten für die Wahlvorschläge
10. Nominierung von Listenkandidatinnen und -kandidaten
11. Beschluss über ein Zweitstimmenabkommen mit dem Stimmkreis Erlangen-Höchstadt (507)
12. Anträge
13. Verschiedenes
14. Schlusswort der Kandidaten

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Risiken der Vorratsdatenspeicherung ernst nehmen - und keine Fakten schaffen!

Antrag an die Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen

Antragsteller: Jusos Erlangen

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung sieht vor, die verdachtsunabhängige und flächendeckende Protokollierung aller Verbindungsdaten der Kommunikation sämtlicher Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einzuführen – egal ob per Telefon, Handy, E-Mail oder Internet.

Der SPD Kreisverband Erlangen lehnt die Vorratsdatenspeicherung in der geplanten Form ab und fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, dieses Vorhaben zumindest so lange zurückzustellen, bis eine Klärung der berechtigten Zweifel an der Angemessenheit dieses tief greifenden Eingriffs in die Grundrechte herbeigeführt wurde.

Der SPD Kreisverband Erlangen unterzeichnet den Appell „Stoppt die Vorratsdatenspeicherung“, der gleich lautend mit der folgenden Begründung ist:

Begründung:

1. Zweifel an der Angemessenheit

Die Speicherung aller Verbindungsdaten der Kommunikation völlig unbescholtener Bürgerinnen und Bürger stellt einen schweren Eingriff in das Telekommunikationsgeheimnis und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Wer wann mit wem von welchem Ort aus kommuniziert hat – dies zu wissen berührt den Kernbereich privater Lebensumstände sowie Geschäftsgeheimnisse. Es ist bisher in keiner Weise überzeugend dargelegt, dass die Speicherung solcher sensibler Daten in Fällen, in denen nicht einmal ein Anfangsverdacht vorliegt, angemessen ist.

2. Gefahr des Missbrauchs

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat öffentlich vor einem möglichen Missbrauch der Daten gewarnt, die bei zahlreichen Telekommunikationsunternehmen und Internet Providern gespeichert werden sollen. Schon die Befürchtung von Missbrauch schreckt von unbefangener Telekommunikation ab, auf die Menschen in Notlagen (z.B. bei Gesundheits-, Ehe- oder Drogenproblemen) ebenso angewiesen sind wie die demokratische Gesellschaft insgesamt (z.B.

Schutz von Informanten der Presse als Voraussetzung der Aufdeckung öffentlicher Missstände).

3. Kosten-Nutzen-Analyse

Die Vorratsdatenspeicherung verursacht nach Angaben der Wirtschaftsverbände erhebliche Kosten für die Anschaffung und den Betrieb der notwendigen Technik. Diese Kosten gehen letztlich zu Lasten der Verbraucher und der Steuerzahler und stehen damit beispielsweise nicht mehr für gezielte Projekte zur Kriminalprävention zur Verfügung. Bisherige Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung und die Möglichkeit, in Verdachtsfällen auf kurzzeitig gespeicherte Verbindungsdaten (bspw. „Quick-freeze“) zurück zu greifen, haben sich in der Praxis als ausreichend erwiesen. Das Missverhältnis zwischen Aufwand und möglichem Ergebnis ist augenfällig.

4. Zweifel an der Pflicht zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung

Namhafte Experten weisen darauf hin, dass für die EU-Richtlinie, die mit dem Gesetz zur Telekommunikationsüberwachung umgesetzt werden soll, keine Ermächtigungsgrundlage besteht. Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres muss über die „Dritte Säule“ erfolgen, in der nur einstimmige Entscheidungen getroffen werden können. Irland hat deswegen eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angestrengt mit dem Ziel, die Richtlinie für unwirksam erklären zu lassen. Eine vorherige Umsetzung wäre vorauseilender Gehorsam, der uns unter Umständen teuer zu stehen kommen könnte. Diese Klage sollte zumindest abgewartet werden. Außerdem verstößt die Richtlinie nach Meinung namhafter Experten gegen die im Europarecht verankerten Grundrechte.

Wir fordern unsere Parteien daher auf, die Umsetzung der allgemeinen Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten auszusetzen und zunächst in einem offenen Dialog mit ihren Mitgliedern und den Bürgern die Risiken der Vorratsdatenspeicherung zu erörtern. So sehr wir uns eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus wünschen, so wenig möchten wir durch

unüberlegtes Handeln neue Gefahren heraufbeschwören und die freiheitlichen Grundrechte einschränken, deren Verteidigung gerade das Ziel des Kampfes gegen Terrorismus und andere Feinde einer demokratischen und offenen Gesellschaft ist!

Fortsetzung des Leitartikels von Seite 3

schwächeren Familien, denen heute Bildungswege verbaut werden. Die Menschen im ländlichen Raum, die eine Zukunftsperspektive erwarten.

Diese Forderungen müssen wir auch mit der existenziellen Zukunftsfrage nach der Sicherung unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen verbinden. Die CSU spricht zwar neuerdings immer von „Nachhaltigkeit“ und „Umweltschutz“. Ihren schönen Worten lässt sie jedoch kaum Taten folgen!

Unser Land steht 2008 vor wichtigen Entscheidungen.

Lasst uns mit realistischem Optimismus die Zeit bis dahin nutzen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über Bayerns Zukunft und über pragmatische Alternativen zur CSU-Politik zu sprechen.

Vielleicht hilft uns ein Blick zurück in die bayerische Geschichte, mit Selbstbewusstsein und Energie diese Aufgabe anzugehen:

Es war der Sozialdemokrat Kurt Eisner, der in der Nacht zum 8. November 1918 im Mathäser in München die Republik Bayern als Freistaat ausgerufen hat.

Es war der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der als Vater der Bayerischen Verfassung gilt. Am 1. Dezember 1946 hat die Bayerische Bevölkerung mit 70,6 % seinem Verfassungswerk zugestimmt. Und nach wie vor sind es viele sozialdemokratische Grundsätze, die dort verankert auf ihre Umsetzung in praktische Politik warten.

Deshalb weiß ich: Es lohnt sich, für eine gerechtere Politik in Bayern zu kämpfen!

Sitzung des Kreisvorstands

- Donnerstag, 18. Oktober, 20:00 Uhr, Angerwirt, Guhmannstraße 10

Wir gratulieren zum Geburtstag



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen Euch für Euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 01.10. Siegfried F Pilawa
72 Jahre
- 05.10. Herbert Ritzer
72 Jahre
- 08.10. Herta Marhoff
70 Jahre
- 08.10. Fritz Spath
80 Jahre

- 11.10. Cornelia Butke
50 Jahre
- 14.10. Helmut Pfister
71 Jahre
- 16.10. Winfried Eibl
76 Jahre
- 16.10. Georg Fellner
94 Jahre
- 25.10. Günter Lüling
79 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz
70 Jahre
- 28.10. Charlotte Schwarz
91 Jahre

Georg Fellner wird vierundneunzig

Das Jahr 2007 ist ein besonderes für Georg Fellner, unseren Schorsch, der einer der ersten August-Bebel-Uhr-Träger ist. Vor achtzig Jahren trat er in die sozialistische Arbeiterjugend ein, zeitgleich hat er sich auch der Gewerkschaft angeschlossen. Die Ausbildung zum Mechaniker schloss er erfolgreich ab, aber schon bald, 1931, wurde er arbeitslos.

Nach einjähriger Wanderschaft entschloss er sich eine militärische Grundausbildung zu machen. Vor siebzig Jahren wurde er nach Erlangen versetzt, wo er seine Frau kennen lernte und heiratete.

Den Krieg hat er von Anfang an miterlebt. Erst 1949 kam er aus russischer Gefangenschaft zurück, was für ihn wie ein Wunder war. Seine Tochter hatte er bis dahin nur einmal als Säugling gesehen.

Auf der Suche nach Arbeit wurde er bei der Post fündig und machte daraufhin eine weitere Ausbildung als Fernmeldetechniker. Er durchlief verschiedene Dienststellen und wurde Leiter für Unfallverhütung und Arbeitssicherheit.

Sein Einsatz für seine Kolleginnen und Kollegen brachte ihn in den Personalrat und er wurde sogar dessen Vorsitzender. Er engagierte sich als Vorsitzender der Postgewerkschaft im Kreisvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Vorstand der Baugenossenschaft war er 12 Jahre aktiv. In diese Zeit fiel auch die Sanierung einer Vielzahl von Wohnungen aus Fördermitteln, die der damalige Bundesbauminister Dieter Haack initiiert hatte.

Auf Bitten von Helmut Pfister, dem damaligen Kreisvorsitzenden, wurde Schorsch auch Distriktvorsitzender im Anger, und das für zwölf Jahre. Der Distrikt wurde in dieser Zeit zu neuem Leben erweckt. Besonders stolz ist er auch auf die Errichtung der Freizeitanlage „Kumpfwiese“, eine gerade für den Anger wichtige soziale Einrichtung.

Der Kreisverband insgesamt war und ist ihm aber immer eine Herzensangelegenheit gewesen. Ob Kreismitgliederversammlung oder Kreisvorstand, hier ist Schorsch seit undenklichen Zeiten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft 60plus, er versäumt keine Sitzung. Er besucht regelmäßig unsere Info-Stände, geht auch auf Regionalkonferenzen wenn gleich es ihn mächtig umtreibt, dass es nicht gelingt, die soziale Gerechtigkeit in den Reformen den angemessenen Spielraum einzuräumen. Seine Unterstützeranzeige im Landtagswahlkampf 2003 mit dem Aufruf „Renten sind doch kein Almosen“ sagte mehr als so manche langatmige Rede.

Nicht zu vergessen ist sein fast dreißigjähriges Engagement bei der AWO, zuletzt als deren Revisor.

Sein liebstes Hobby ist und bleibt das Reisen, und so manches Erinnerungsstück zeugt davon in seiner schmucken Wohnung. Schorsch hat viel von der Welt gesehen, verwurzelt ist er aber in seinem Anger und in seiner SPD. Wir danken ihm für Treue, Zuverlässigkeit und Unterstützung. Sein Wissen und sein Rat sind uns

immer willkommen. Wir hoffen dass dies noch lange der Fall ist.

In diesem Sinne alles Gute, vor allem Gesundheit, Dir lieber Schorsch zum vierundneunzigsten Geburtstag

Im Namen des gesamten Kreisverbandes
Dein Robert Thaler

Liebe Genossinnen und Genossen, der SPD-Distrikt Anger lädt Euch herzlich ein, um gemeinsam mit uns unseren langjährigen Distriktvorsitzenden **Georg Fellner für seine 80jährige Mitgliedschaft** in der SPD an seinem 94. Geburtstag zu ehren.

Der Empfang findet statt am

**Dienstag, den 16. Oktober 2007 von 19.00-21.00 Uhr
im Gemeindehaus der Erlöserkirche (Donaustraße 6)**

Bitte gebt uns kurz Bescheid, ob Sie kommen können, damit wir ausreichend für belegte Brötchen und Getränke sorgen können.

Wir freuen uns auf Euer Kommen!
Mit freundlichen Grüßen
Christofer Zwanzig Sandra Radue

Aktuelles aus dem Wahlkampf

„Schlappenaktion“: Absage an Privatisierungspläne



Für Erlangen und gegen die Privatisierungspläne der Stadt

Ob vor dem Freibad West, vor dem Röthelheimbad oder auf dem Hugenottenplatz: Drei Tage lang verschenkte Ursula Lanig knallrote Badeschlappen an Badegäste und Bürger. „Alle Besucher haben positiv reagiert und sich über das unverhoffte Geschenk gefreut“, sagt die SPD-Oberbürgermeister-Kandidatin. Mit der originellen Aktion hat die SPD ein Zeichen gesetzt: ge-



Schlappenverteilen mit vereinten Kräften.

gen die Privatisierung von Schwimmbädern, der Stadtwerke, des Nahverkehrs und der städtischen Wohnungswirtschaft. Eine Botschaft, die ankam.

Im Samstagstrubel der Fußgängerzone zauberten die mit dem Schriftzug „Erlangen“ bedruckten Flipflops den Bummelnden ein



Ursula Lanig im Gespräch mit Bürgern.

Lächeln ins Gesicht. Viele erinnerten sich an ihren Urlaub am Meer und lobten Ursula Lanigs Engagement. „Wer städtische Einrichtungen an private Investoren verkauft, gibt leichtfertig seine Entscheidungsfreiheit auf und handelt nicht zum Gemeinwohl der Bürger“, erläuterte Ursula Lanig im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ursula Lanig und die SPD stehen klar gegen den Verkauf von städtischem Eigentum. Die Entscheidungen über Wasser, Energie, Nahverkehr, Bäder und Wohnungen dürfen nicht fernen Investoren übertragen werden. Ursula Lanig: „Auch aus ökonomischen und ökologischen Gründen: Mit uns gibt es keine Privatisierung von Bädern, Stadtwerken, Gewobau und sonstigem städtischen Besitz!“



Diese Flipflops passen jedem.

Mobil in den Wahlkampf



Ursula Lanig und SPD-Stadträte on tour

Gemeinsam mit vielen SPD-Stadträtinnen und Stadträten ist SPD-Oberbürgermeisterkandidatin Ursula Lanig zurzeit bei vielen Festen und Kirchweihen im ganzen Stadtgebiet unterwegs. Mit dabei: Das neue Wahlkampfmobil der SPD als rollende Werbefläche. Über der Silhouette der Stadt Erlangen mit den drei Kirchtürmen wirbt der Slogan „Politik der klaren Linie“ Am 2. März Ursula Lanig wählen. Ein echter Hingucker!

Zum Ende der Verteilungspolitik III

Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

Der Sozialstaat ist nicht mehr zu bezahlen

Dieses "Argument" ist offenkundig falsch. Sagt es doch, dass die Gesellschaft angeblich die Leistungen des Sozialstaates nicht mehr bezahlen kann, obwohl ausgewiesener Maßen die Sozialleistungen im Verhältnis zum erwirtschafteten BIP, die Sozialleistungsquote (in % des BIP), seit 1975 praktisch unverändert bei 30.0 +1.2% liegt.

Wenn dennoch die Sozialsysteme (GRV, GKV, Pflegeversicherung) in finanzielle Probleme geraten sind, kann das ja nur bedeuten, dass sich immer weniger Wirtschaftssubjekte mit immer weniger Mitteln an der Finanzierung beteiligen. Dies ist eine Folge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und von nichtversicherungs-pflichtiger Beschäftigung, sowie der sinkenden Lohnquote. So betrug z.B. die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben 2003 bei der Rentenversicherung 8 Mrd. Euro und bei der Gesetzlichen Krankenversicherung 5,3 Mrd Euro, das sind 3,4% bzw. 3,9% der jeweiligen Ausgaben.

Hinzukommt die ökonomisch falsche Teilfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialsysteme und der daraus folgende anhaltende Transferbedarf Ost.

Die Sozialsysteme haben also ein gravierendes akutes Einnahmeproblem, dem kurzfristig durch Leistungskürzungen und/oder Beitragserhöhungen begegnet wird.

Das o.a. "Argument" benutzt diese akute Finanzierungsproblematik der Sozialsysteme, um den Sozialstaat grundsätzlich seiner Legitimation zu berauben und Kostensenkungen für das Kapital über Sozialabbau ("Lohnnebenkosten"-Argument) durchzusetzen.

Dass steigende Sozialbeiträge zunehmend auch zu einer hohen Belastung der Arbeitnehmer-einkommen werden, kann nicht bestritten werden. Darauf kann aber nicht mit Sozialabbau bis zur allgemeinen Demontage des Sozialstaats und der Privatisierung der großen Lebensrisiken geantwortet werden, sondern durch Verbreiterung der Finanzierungsbasis (Beitragsbemessungsgrenzen, Bürgerversicherung, Einbeziehung von Vermögenseinkommen) und durch ergänzende Steuerfinanzierung (allerdings im Rahmen eines sozial gerechteren Steuersystems).

Die beste Politik zur Erhaltung und zum Ausbau des Sozialstaats ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht.

„und überhaupt: Wir leben über unsere Verhältnisse“

Diese Aussage ist – bewusst demagogisch (?) – vieldeutig (wer ist "wir"?):

- Sie ist richtig, wenn der nationale und weltweite Umgang mit Umwelt und Klima oder die Ausbeutung der Länder der "Dritten Welt" zugunsten der kapitalistischen Industriestaaten gemeint ist
- Sie ist falsch, was die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch bei uns, angeht (s.o. zur Verteilungsfrage)
- und sie zeugt von ökonomischer Dummheit oder demagogischer Bosheit, was die Volkswirtschaft Deutschlands betrifft: "Die Deutschen haben im Vergleich zu dem, was sie einnehmen, noch nie so wenig ausgegeben wie im vergangenen Jahr: Die Leistungsbilanz, in der

Ex- und Importe aller Waren, Dienst- und unentgeltlicher Leistungen gegenübergestellt werden, ergab einen Rekordüberschuss von 60 Mrd Euro." (P. Bofinger, FR 21.08.03). Dies gilt heute in verstärktem Maße: Leistungsbilanzüberschuss 2005 112 Mrd Euro, Prognose (DIW) für 2006 126 Mrd Euro.

Nochmal Bofinger (a.a.O.): "Warum ist eine so doppeldeutige Aussage gefährlich? Sie erweckt in der Öffentlichkeit den fatalen Eindruck, dass wir uns kollektiv einschränken müssen, wenn wir die aktuellen wirtschaftlichen Probleme bewältigen wollen (...) Wenn wir uns als Konsumenten gemeinsam bescheiden und noch mehr sparen, dann werden wir niemals aus der derzeitigen Stagnation herauskommen."

Und, so sollte man hinzufügen, die o.a. Parole wird in aller Regel von wohlbestallten, verbeamteten Professoren propagiert, die für ein diesbezügliches Gutachten Honorare einstreichen, die das durchschnittliche Jahreseinkommen von Arbeitnehmern übersteigen.

Die Bahnprivatisierung ist der falsche Weg!

Von Sylvia Rhau

Fünf Generationen vor uns haben als Steuerzahler und Bahnkunden die Deutsche Bahn geschaffen. Sie haben eine Zukunftsinvestition getätigt in den ökonomisch und ökologisch vernünftigsten Verkehrsträger. Dieses Investment war und ist so angelegt, dass es auch noch unseren Kindern in vollem Umfang zur Verfügung stehen soll. Das wird jedoch nur dann möglich sein, wenn die Bahn auch weiterhin uns Bürgern gehört. Private Investoren haben private Interessen, das Gemeinwohl interessiert sie nicht. „Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden.“ Dieser Auszug aus dem Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der SPD beschreibt treffend, was auch der Bahn droht. Die SPD sollte diese Wahrheit nicht nur in einem Grund-

satzprogramm benennen, sondern sie auch im politischen Alltag berücksichtigen!

Verschleuderung von Volksvermögen

Die Deutsche Bahn ist seit über 100 Jahren in öffentlichem Besitz. In dieser Zeit wurden immense Summen in die Schieneninfrastruktur und das Bahnangebot investiert. Insgesamt wurde so ein Volksvermögen von weit über 100 Milliarden Euro (Deutscher Bundestag, Protokoll 16/14 Verkehrsausschuss) geschaffen. Ein bereits in der letzten Legislaturperiode vom Bundestag in Auftrag gegebene PRIMONGutachten („Privatisierungsvarianten der DB AG mit und ohne Netz“) geht je nach Variante von 7,8 bis 23,3 Mrd. Euro „positiver Haushaltseffekte“ aus, die eine Veräußerung der Deutschen Bahn AG mit sich bringen würde. Gleichzeitig wären vor einer Privatisierung beträchtliche Schulden

des Bahnkonzerns zu begleichen, so dass verschiedenste Fachleute (Anhörung Bundestag am 10.05.06) den wirklichen Erlös einer Privatisierung auf nur etwa 2 Mrd. Euro taxieren. Diesem marginalen Erlös stünden zudem weitere Investitionsverpflichtungen des Bundes für die kommenden zehn Jahre in Höhe von mindestens 25 Mrd. Euro entgegen. Es ist völlig unverständlich, dass die Eisenbahninfrastrukturunternehmen dauerhaft auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und gleichzeitig Gewinne an den Gesamtkonzern abführen. Hier wird deutlich, dass der Staat Gewinne aus der Infrastrukturbewirtschaftung privatisieren, Verluste jedoch der Allgemeinheit übertragen will. Die Hoffnung, dass die neuen Eigentümer freiwillig größere Eigenbeiträge in juristisches Eigentum des Staates investieren ist vollkommen blauäugig und widerspricht unternehmerischen Grundsätzen. Wer vor diesem Hintergrund behauptet,

dass die Privatisierung der Bahn Geld in den Bundeshaushalt spült, der hat seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Der Bahnkunde ist der Verlierer

Niemand, auch nicht die Befürworter der Privatisierung, gehen davon aus, dass sich nach der Privatisierung an der Infrastruktur etwas zum Besseren wendet. Im Gegenteil wird erwartet, dass es auf breiter Front zu Ausdünnungen und Preiserhöhungen kommt. Das ist auch nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass es Anlegern völlig egal ist, ob die Bahn ihren grundgesetzlichen Auftrag und damit ihre Kernaufgabe erfüllt oder nicht. Besonders betroffen wird der Nahverkehr sein, prognostizieren selbst die PRIMON-Gutachter. Mit dem Schienennetz lässt sich kein Geld verdienen. Im Falle der Teilprivatisierung der Schieneninfrastruktur kann „unternehmerische Freiheit“ also nur die Stilllegung von Strecken, die Einschrän-

kung ihrer Kapazitäten und die Erhöhung der Trassen- und Stationspreise bedeuten. Der Vorschlag einer „Volksaktie“, den einige unserer Abgeordneten nun vorgelegt haben, soll in diesem Zusammenhang wohl nur den Protest verstummen lassen. Zum einen gehört die Bahn bereits zu 100% dem Volk - warum zweimal bezahlen? Zum anderen wollen auch Kleinaktionäre Rendite sehen. Wie bereits gezeigt, brächte eine Privatisierung der Bahn als Volksaktie zudem auch nicht mehr Geld ein.

Eine Privatisierung der Bahn, ob mit oder ohne Schienennetz und Volksaktie, ist völlig ungeeignet, einen bürgernahen und verlässlichen Bahnverkehr zu vernünftigen Preisen zu gewährleisten. Die Bahn ist ein Hebel zur klimafreundlichen Verkehrspolitik, den die öffentliche Hand nicht abgeben darf.

Ein Fortschritt, keine Revolution

Eine erste Bewertung des neuen Entwurfs für das Grundsatzprogramm der SPD Von Philipp Dees

Knapp sechs Wochen vor dem SPD-Bundesparteitag in Hamburg ist noch einmal eine neue Version für das SPD-Grundsatzprogramm erschienen. Die „Empfehlungen zum ‚Bremer Entwurf‘ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD“ ersetzen den „Bremer Entwurf“ von Anfang Januar, der in der Partei auf breite Kritik gestoßen war.

Die wesentlichste Veränderung fällt dabei schon beim ersten Blick auf den neuen Text auf: Der Entwurf ist deutlich kürzer geworden als sein Vorgänger, statt 62 sind es nur noch 36 Seiten. Dem Inhalt und der Lesbarkeit hat dies eher gedient: Wo zuvor unzählige Füllwörter die Sätze in die Länge zogen, finden sich jetzt zumindest teilweise klare und verständliche Formulierungen.

Der neue Text ist stärker an der Tradition der Sozialdemokratie orientiert als der „Bremer Entwurf“. In diesem war versucht worden, die „soziale Demokratie“ als Gegensatz zu alten sozialdemokratischen Forderungen in Stellung zu bringen. In der jetzigen Fassung wird dagegen der „demokratische Sozialismus“ wieder als Ziel der SPD definiert: „Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns

eine dauernde Aufgabe ist.“ Trotzdem verzichteten die Autoren allerdings nicht auf den Begriff der „sozialen Demokratie“.

Nicht umgesetzt wurde die Forderung der bayerischen SPD, den Grundwerteteil des Berliner Programms unverändert in das neue Hamburger Programm zu übernehmen. Zwar hat die Überarbeitung des Textes auch dem Grundwerteteil gut getan. Denn wo der „Bremer Entwurf“ die Geschichte der Sozialdemokratie weitgehend ausblendete, stellt der neue Text die Leistungen der SPD (zurecht) stolz heraus. Nun ist wieder von der SPD als Teil der Arbeiterbewegung die Rede, wo der „Bremer Entwurf“ nur von einer „großen internationalen Bewegung“ sprach.

Trotzdem bleiben die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in ihrer Definition weit hinter der im Berliner Programm zurück. So, wie sie auch im neuen Entwurf für das „Hamburger Programm“ festgelegt werden, könnten sie gut auch von Mitgliedern der CDU unterschrieben werden. Auch im neuen Text gelingt es also nicht, die SPD und ihre politischen Grundwerte klar von denen anderer Parteien abzugrenzen.

Der Globalisierungs-, Wachstums- und Technik-Optimismus des Bremer Entwurfs ist aus dem neuen Programm weitgehend

verschwunden. Klar wird betont, dass der globale Kapitalismus von einem „Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit“ geprägt ist, „alte Ungerechtigkeiten“ verstärkt und neue schafft. Klar wird aber auch darauf verwiesen, dass Technik und Wissen erlauben, Hunger, Armut und Seuchen zu überwinden. Aber dies ist eben keine Selbstverständlichkeit, weil „sie zur käuflichen Ware werden“, die sich nicht jeder leisten kann.

Auch für die Situation in Deutschland ist die Einschätzung weniger positiv, deswegen aber auch nicht übertrieben pessimistisch. Deutlicher wird betont, dass Deutschland zwar zu den Gewinnern der Globalisierung gehört, dass dies aber nicht für jedeN in Deutschland gilt. Damit wird etwas klarer, dass die SPD Interessengegensätze in der Gesellschaft erkennt und sich auch mit ihnen auseinandersetzt.

Bei den konkreten Forderungen haben sich der Akzente ebenfalls verschoben. Im Abschnitt „Eine friedliche und gerechte Welt“ wird stärker noch als im „Bremer Entwurf“ betont, dass der Schwerpunkt der SPD auf der zivilen Lösung von Konflikten und dem Multilateralismus liegt.

Stärker herausgestellt wird die Rolle des Staates. Diesem wird zugewiesen, für das verantwortlich zu sein, „was nicht zur

Ware werden darf“: Bildung, Sicherheit vor Verbrechen, Kultur und soziale Sicherheit.

Deutlich verbessert hat sich auch der Abschnitt zur Frauenpolitik. Im Mittelpunkt des „Bremer Entwurfs“ standen nur junge Frauen mit Kinderwunsch, denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht werden sollte. Der neue Text nennt nun zumindest, dass es auch andere Lebensentwürfe von Frauen und vielfältige Diskriminierungen gibt. Dies bleibt allerdings weitgehend wagen, die konkreten Forderungen erstrecken sich dann doch wieder nur auf Frauen mit Kindern.

Nur wenig positiv sind die Veränderungen im Abschnitt zum „Vorsorgenden Sozialstaat“. Zwar verschwindet die umfangreiche Neudefinition des Begriffs des Sozialstaats. Gleichzeitig werden aber

auch die schwachen Hinweise des „Bremer Entwurfs“ darauf weitgehend getilgt, dass Sozialstaat nicht nur vorsorgen kann, sondern auch Menschen, die in Not geraten sind, beistehen muss. Gerade diesem Abschnitt hätte eine stärkere Orientierung am Berliner Programm mit seinem umfassenden Sozialstaatsbegriff gut getan.

Dies waren einige der Punkte, die gerade auch in der Debatte in Erlangen immer kritisch diskutiert worden sind. Insgesamt zeigt sich, dass auch der neue Entwurf noch viele Mängel aufweist. Vieles, was für Genossinnen und Genossen wichtig ist, fehlt: Ein Abschnitt zur Entwicklungspolitik zum Beispiel, oder einer zum Bodenrecht. In vielen Punkten bleibt der neue Entwurf auch vage, trauen sich die

AutorInnen nicht, Stellung zu beziehen und sich in den gesellschaftlichen Widersprüchen auf eine Seite zu stellen. Es fehlt eine klare Position für eine Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung, für das Primat der Menschen gegenüber der Wirtschaft. Dass das konkrete Regierungshandeln der letzten Jahre den Zielen der SPD dem nicht immer gedient hat, kann kein Grund dafür sein, auf diese Forderungen zu verzichten oder sie zu relativieren, wie es auch der aktuelle Entwurf leider immer noch tut.

Trotzdem ist der neue Text eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem „Bremer Entwurf“. Aber er bedarf noch weiterer Korrekturen. Deswegen ist es notwendig, bis zum und auf dem Parteitag in Hamburg für weitere Verbesserungen am Programm zu streiten.

„Mehr Mitsprache unter 18“

Auf einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung von Jusos und AsF

**am Mittwoch, 17.10.,
um 20 Uhr im E-Werk,
Gruppenraum 4**

geht es um die Frage, wie Jugendliche unter 18 Jahren und Kinder stärker in politische und gesellschaftliche Entscheidungen einbezogen werden können. Das Erlanger Jugendparlament ist ein wichti-

ger Schritt dazu, muss aber durch weitere Teilhabe-Chancen ergänzt werden.

Darüber wollen wir mit Gästen (angefragt u.a.: das Jugendparlament) und den StadtratskandidatInnen der Jusos sowie der kinder- und jugendpolitischen Sprecherin der Stadtratsfraktion, Birgit Hartwig, diskutieren. Herzlich eingeladen sind natürlich alle GenossInnen und interessierte BürgerInnen.

Barbara Pfister
Mitglied des
AsF-Vorstands

Michelle Starck
Juso-Vorsitzende

Delegierte zur Nominierungsveranstaltung am 11. Oktober 2007

Gewählt von der KMV am 13.09.2007

ordentliche Delegierte

- Albrecht, Adi
- Bauer, Christine
- Beier, Markus
- Brod, Birgit
- Büttner, Gerd
- Coerlin, Saskia
- Dees, Philipp
- Dohmstreich, Manfred
- Dorn-Dohmstreich, Gabi
- Franke, Karin
- Fuchs, Norbert
- Gröger, Hildegard
- Hartwig, Birgit
- Hauer, Hans
- Janik, Florian

- Klein, Doris
- Kraft, Jochen
- Kremer, Heiko
- Lanig, Ursula
- Matern, Christa
- Niclas, Gisela
- Pfister, Barbara
- Pfister, Helmut
- Pfister, Rosi
- Radue, Sandra
- Reich-Schowalter, Gertrud
- Rosner, Dieter
- Schweigert, Walter
- Staedtke, Johannes
- Stark, Michelle
- Thaler, Robert

- Traub-Eichhorn, Felizitas
- Vogel, Wolfgang
- Wachter, Hans
- Wachter, Karin
- Weierich, Peter
- Wendler, Monika
- Zwanzig, Christof

Ersatzdelegierte (in alphabetischer Reihenfolge):

- Rohr, Brigitte
- Spath, Fritz
- Goldenstein, Dirk
- Ziegenthaler, Karl
- Schnitzlein, Daniel
- Wiechert, Hartmut

SPD-Erlanger Mitte

lädt ein zum Gespräch.

**am Mittwoch, den
17. Oktober 2007 um
18.00 Uhr, im Neben-
zimmer der Waldschän-
ke, Lange Zeile 104**

Zum **Thema**: Steinmeier, Steinbrück,
Platzek: „Auf der Höhe der Zeit“

Ursula Lanig

Jochen Kraft

Linkes Forum in der Erlanger SPD

**Freitag, 12. Oktober
2007 um 20 Uhr
Restaurant Orpheus,
Luitpoldstr. 25 im Neben-
zimmer**

Thema: Bericht aus Berlin mit Martin Burkert, Mitglied des Bundestages

Sozialistische Grüße
Hildegard Gröger

Florian Janik

**Vorsitzender:**

Christofer Zwanzig
 Telefon: 4003764
 Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 17. Oktober 2007, 20.00 Uhr im Angerwirt (Guhmannstr. 10)

Der Distriktsvorstand trifft sich bereits um 19.30 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008 - Beschluss über das kommunalpolitische Stadtteilprogramm
3. Projekt Mitgliederwerbung
4. Sonstiges

Für den Distriktsvorstand mit solidarischen Grüßen

Sandra Radue und Christofer Zwanzig

Terminvorschau 2007:

- 7.11., Mitgliederversammlung
- 5.12., Gemütlicher Jahresausklang

**Vorsitzende:**

Heike Fischer
 Telefon: 09135-6269

Dechsendorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, den 23. Oktober um 20:00 Uhr im Gasthof Rangau

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Vorbereitung der Veranstaltung mit Ursula Lanig am 11.11.
3. Verschiedenes

Protokoll der Distriktsversammlung am 18. September 2007

Im Mittelpunkt unserer Versammlung standen die Vorbereitungen unserer Aktivitäten im Kommunalwahlkampf. Dies sind vor allem:

- **Hausbesuche** am 20. bzw. 27. Oktober ab 15 Uhr durch Ursula Lanig und Heike Fischer. Die Nichte-

richten erhalten einen Türanhänger mit freundlichen Grüßen.

- **Flyer** für die **Hausbesuche** und die **öffentliche Veranstaltung** am 11.11. mit Ursula Lanig
- **Öffentliche Veranstaltung** am 11.11. mit Ursula Lanig unter dem Motto „*Weißwurst und Politik*“, „*DechsendorferInnen befragen UL*“ o.ä.. Beginn der Veranstaltung ist 10:30 Uhr. Die Plakate für den 11.11. werden in der letzten Oktoberwoche aufgestellt.
- Als Termin für den **Ortsrundgang** wurde Sonntag, der 27.1.08 zwischen 15:00 und 17:00 Uhr festgelegt.
- **Info-Stände** dann im Februar kurz vor der Wahl.
- **Dechsendorfer Rundbrief, Verteilung** im Dezember. Er wird wieder als DIN A3-Blatt erstellt, der Inhalt wird am 15.11. erarbeitet.
- Abschließend wurden noch **Ortsteile** und Personen für die **Verteilungen** (voraus. insgesamt 3mal) festgelegt.

Für den Vorstand
 Wolfgang Schwerna



Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 16.10. um
20:00 Uhr im Schützen-
haus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



Vorsitzender:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Frauenaurach

Einladung zur nächsten

**Distriktversammlung am
09. Oktober 2007 um
20:00 Uhr im AWO-
Raum**

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Bericht aus den Ortsbeiräten
3. Bericht aus der Fraktion
4. Bericht vom Kreisvorstand
5. Status und Termine des Kommunalwahlkampfes
6. Verschiedenes

Protokoll der Distriktversammlung Frauenaurach

Resümee von unserer Radtour

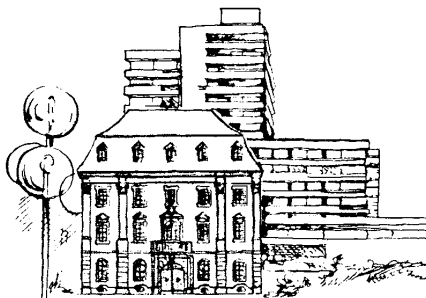
Da das Wetter nicht überragend war und wir auch in der toten Wahlkampfzeit waren, war diese Veranstaltung „für uns“; d.h. unsere Oberbürgermeisterkandidatin und die KandidatInnen bekamen einen guten Überblick über unsere „Knackpunkte“.

Kurz vor der Wahl werden wir noch mal Ortsbegehungen durchführen, die entsprechend auch in der Presse angekündigt werden müssen. Auch Hausbesuche planen wir.

Vorschlag der Delegierten für die Delegiertenversammlung zur Wahl des Landtags- und BezirkstagskandidatIn.

Für Frauenaurach werden vorgeschlagen: Adi Albrecht, Fritz Spath, Gabi Dorn-Dohmstreich, Gisela Niclas, Hartmut Wiechert und Manfred Dohmstreich.

Protokollführung
Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr seid herzlich eingeladen zu unserer
Sitzung im Oktober

**am Dienstag, 23.10.,
20 Uhr
im Nebenraum der „Ku-
lisse“, Theaterstraße.**

Folgende Themen schlagen wir euch vor:

1. Aktuelles
2. Haushaltsberatungen 2008
3. Ergebnisse des Bundesparteitags: Neues Grundsatzprogramm
4. Kommunalwahlkampf

Wir freuen uns auf eure Diskussionsbeiträge und besonders auf Vorschläge für den Wahlkampf des Distrikts!

Für den Vorstand
Barbara Pfister



Vorsitzender:
 Jochen Kraft
 Telefon: 6146287
 kraft.jochen@gmx.de

Ost

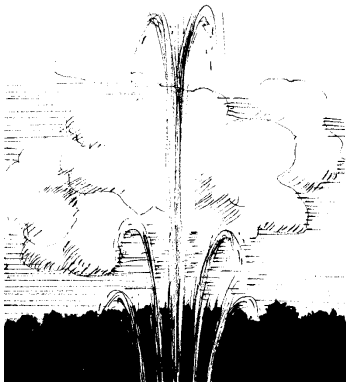
Liebe Genossinnen und Genossen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
 am Dienstag, den
 09.10.2007, 20.00 Uhr
 in der Waldschänke, Lan-
 ge Zeile 104**

Themen:

- Aktuelles
- Stadtteilrundgang im Röthelheim-
park
- 2. Ausgabe des Ostboten

Jochen Kraft



Vorsitzende:
 Brigitte Rohr
 Telefon: 4000974

Süd

Liebe Genossinnen und Genossen
 wir laden Euch recht herzlich ein zu un-
 serer nächsten

**Distriktssitzung
 am 10.10.2007, 20 Uhr
 im Biergarten Röthelheim**

Unser Schwerpunkt-Thema ist die Di-
 striktbegehung mit Ursula Lanig am
 19.10.2007 von 15 Uhr - 17 Uhr

Tagesordnung:

- Termine für Hausbesuche
 - Wahlkampfplanung des Distrikts
 - Wahl des Revisors
 - Verschiedenes
- Wir freuen uns auf auf Euer zahlrei-
 ches Erscheinen!!

Für den Vorstand
 Brigitte Rohr



366 €

geschenkt

vom Staat. Riester-Förderung im Jahr 2007 für zwei
 Erwachsene mit eigenem Altersvorsorgevertrag und
 einem Kind.

Weitere Infos erhalten Sie bei unseren Beratern oder
 unter www.sparkasse-erlangen.de.

 Sparkasse
 Erlangen



Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

Distriktversammlung am Dienstag, 09.10.07, 20.00 Uhr, Schlossgast- stätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte



Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Tennenlohe

3. Auswertung des Ortsrundgangs:
 - Anzustrebende Ziele für Tennenlohe
 - Rückblick über Erreichtes
4. Verschiedenes

Einladung zum Ortsrund- gang in Tennenlohe

- Freitag, den 05.10.07, 16.00 Uhr
- Treffpunkt: Platz vor der ev.Kirche, Sebastianstraße
- wenn möglich per Fahrrad

Herzliche Einladung

an alle Genossinnen und Genossen, so-
wie Sympathisantinnen und Sympathisan-
ten zum

Gansessen Sonntag, 18.11.07, 12.00 Uhr: Schlossgast- stätte, Schlossgasse 7 bei Fritz Klein,

Bitte kurze Information per mail oder Te-
lefon (s.Kopf.)

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktver- sammlung vom 11.9.07

Aktuelles

Rückblick auf Sommerfest – Kerwa –
Fiesta -Tennenloher Bote und Tennenloher
Times sowie Schlussfolgerungen für näch-
stes Jahr. (Intern)

Busangebot

Das Angebot an Busverbindungen wird
generell als gut eingestuft – vor allem frei-
tags und samstags. Allerdings gibt es auch
sonntags in der Stadt viele Abendveran-
staltungen, die länger dauern. Ein Bus der
Linie 30, Abfahrt am Hugo um 0.51 Uhr
wäre eine sinnvolle und wichtige Ergän-
zung. Die Fraktion wird aufgefordert, die-
se eine zusätzliche Fahrt zu beantragen.

Aktionen zur Kommunalwahl

(das Wort Wahl"kampf" stößt bei vie-
len Tennenloher Genossen auf heftige Ab-
lehnung!)

- Die Stationen der Ortsbegehung am
5.10. wurden durchgeplant.
- Hausbesuche halten wir in Tennen-
lohe für nicht zweckdienlich
- geplant ist mindestens eine Ausga-
be des Tennenloher Boten
- Wir denken nach über Flugblattver-
teilung und „Frühschoppen“

C. Schnapper

West

Liebe Genossinnen und Genossen,
neben der sicher im Blickpunkt stehenden
Kommunalpolitik gibt es auch noch an-
dere interessante politische Themen. Ein
solches haben wir uns für unsere Okto-
ber-Distriktsversammlung vorgenommen.
Das Thema lautet:

Gewerkschaftliche Tarif- politik, Mindestlöhne und Hartz IV Mittwoch, 31.10. um 20:00 Uhr im Gasthaus zur Einkehr (Güthlein)

Wolfgang Niclas, Erster Bevollmäch-
tigter der IG Metall Erlangen und DGB-
Kreisvorsitzender, wird etwa 10 - 15 Mi-
nuten in das Thema einführen, danach
steht er uns als Diskussionspartner und
kompetenter Referent zur Verfügung.

Eventuelle „Aktualitäten“ können wir
nach dieser Diskussion noch abhandeln.

Wir denken, dass dieses aktuelle The-
ma Eure Aufmerksamkeit verdient!

Für den Vorstand
Gerd Peters

**Vorsitzende:**

Helga Steeger
Telefon: 47866
helga.c.steeger@t-online.de

Liebe 60plus-Genossinnen und -Genossen,
wie bereits angekündigt, laden wir herzlich ein zur öffentlichen Veranstaltung zum Themenbereich „Demographischer Wandel“:

**„Für unsere Zukunft sind alle Generationen wichtig“
Donnerstag, 18. Oktober
2007, 16 Uhr im Haus
des Handwerks (neben
dem August-Bebel-Haus)**

Unsere Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt wird dazu ein Referat halten und

60plus

Alexandra Hiersemann ist die Moderatorin für die anschließende Diskussion.

Bei der Vorstandssitzung am 12. Sept. 07 hat der Vorstand einstimmig die Unterstützung des Frauenhauses beschlossen. Auch bei der öffentlichen Sitzung wird dafür gesammelt werden.

Für den Vorstand und mit herzlichem Gruß
Helga Steeger

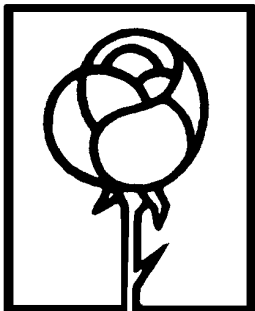
Kurzprotokoll der Mitgliederversammlung vom 12. September 2007

Unter der Leitung von Alois L. und im späteren Verlauf von Helga St. wurden folg. TOPs abgehandelt:

1. 60+ wird Georg Fellner zu seinem 94. Geburtstag gratulieren.
2. Veranstaltung mit R. Schmidt und A. Hiersemann am 18. Okt. 07: Zeit: 16 Uhr; Ort: Haus d. Handwerks; Ungefähres Thema: Auswirkungen des demograph. Wandels auf die Gesellschaft vor Ort, d.h. in den Kommunen, welche Beiträge können dazu Land u. Bund leisten

3. Beiträge an den Monatsspiegel sind bis zum 20. des Monats dort abzuliefern.
4. Themenplanung ab Nov. 07:
 - Rückmeldungen zur Veranstaltung "Pflegevers." welches Feedback zu unserem Antrag an den Parteivorstand? Gab es überhaupt ein solches?
 - Aufarbeitung der Veranstaltung vom 18. Okt.
 - Verkauf von Schuh-Schuster an Sparkasse. Antrag v. 60+ auf Einrichtung einer sog. "nette Toilette", evtl. Übernahme des Sani-fair-Systems an den Autobahnrastplätzen
 - Bau eines neuen Frauenhauses. Soll 60+ für einen Baustein (=Kachel im Eingangsbereich) sammeln? Befürwortung ohne Gegenstimme)
 - Beschluß, Weihnachtsfeier wieder in Dreycedern abzuhalten, Helga St. vereinbart Termin
 - 60+ wird im Komm. WK durch einen Bürgerbrief die Bevölkerung bitten, Helga Steeger als Vertreterin der älteren Generation in den StR zu wählen.
5. Nächster Termin: Mittwoch, 19. Sept. 16 Uhr

Dieter Breyer

**Sprecherinnen:**

- Johanna Behringer
- Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildnerberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

AsF

Keine AsF-Sitzung im Oktober!

Liebe Genossinnen,
wegen zahlreicher anderer Termine entfällt im Oktober die AsF-Sitzung. Stattdessen laden wir euch herzlich ein zur Veranstaltung gemeinsam mit den Jusos zum Thema „Mitbestimmung unter 18“ am Mittwoch, 17.10., 20:00 Uhr im E-Werk (siehe Seite 10).

Hildegard Gröger

Protokoll der AsF-Sitzung vom 12.9.2007

Kommunalwahlkampf

- Flyer mit den Gleichstellungspolitischen Forderung des kompol. Programms: Eventuell sprachliche Überarbeitung im Hinblick auf verschiedene Zielgruppen (z.B. junge Frauen, Migrantinnen); formale Vorgaben mit WKL klären

- Kulturveranstaltung mit U. Lanig: Oktober/November 07
- Argumentationskarten: gleichstellungspolitische Forderungen einbeziehen
- Beschluss (einstimmig): "Die AsF ER bittet die Wahlkampfleitung, daran zu denken, dass bei allen Wahlkampfmaterialien gleichstellungspolitische Aspekte und Forderungen einbezogen werden."

Weitere Veranstaltungen

- Gemeinsame Sitzung mit JUSOS zum Thema „Wahlrecht für Kinder?“ 17.10. / 9.10. / 23.10.?
- Besuch bei türkischen Frauen: Barbara Pfister nimmt Kontakt auf und klärt Termin
- AsF-Weihnachtsfeier: 7.12.2007 im Frauenzentrum

Sonstiges

- Termin der Mitfrauenversammlung des Frauenzentrums: 11.10.2007

Hildegard Gröger



Vorsitzende:
Michelle Starck
Telefon: 0163-1114780
mitch_ave@yahoo.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Termine im Oktober:

- 2.10.: 20:00 Uhr im August Bebel-Haus. Thema: Wahlkampf
- 17.10.: Veranstaltung mit der AsF zum Thema „Mitbestimmung unter 18“
- 23.10., 20:00 Uhr im August-Bebel-Haus: Konferenz des Juso-Unterbezirks. Thema: Pflegeversicherung

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Sitzung vom 18.09.2007

1. Frauen

Michelle berichtet über einen Artikel zum Thema: Frauenanteil an der Universität Erlangen-Nürnberg. Der Anteil der Männer an der Uni (Professoren) liegt weitaus höher, als der Anteil der Frauen. Es wird nun versucht, mit neuen Programmen, mehr Frauen zu bewegen, besonders in Männer dominierten Studiengängen, zu studieren.

2. Berichte

Veranstaltungstermine:

- 19.11., 17:00 Uhr, E-Werk: Michael Müller, Thema: Atomausstieg, Klimaschutz.
- 14.11.: Sozialforum, Thema: Mindestlohn, nähere Infos folgen.
- 29.09, 20 Uhr (Einlass 19 Uhr), E-Werk: Jubiläumskonzert des Jugendhauses, Eintritt: 3,00 Euro

Michelle berichtet, dass in der Region wieder viele rechte Bewegungen aktiv sind (Gräfenberg). Die Linke möchte gegen diese Situation vorgehen und auch zu Veranstaltungen aufrufen bzw. ins Leben rufen. Die Jusos werden sich aktiver in diese Diskussion einbringen und auch Aktionen planen.

Frank Leykauf berichtet über die Situation im Jugendhaus und die derzeitige Lage. Das Jugendhaus diskutiert darüber, ob die

Jusos

Getränkpreise erhöht werden sollen, da es einen Vorschlag des Jugendamtes dazu gab. Das Jugendhaus stellt sich aber dagegen, weil dies nicht im Sinne des Jugendhauses ist. Des weiteren spendete der Rotary Club an das Jugendhaus 5.000 Euro.

Zwischen einem Anwohnerpaar und dem Jugendhaus gibt es weitere Probleme. Hier wurde nun durch das Anwohnerpaar ein Anwalt eingeschaltet. Es geht hauptsächlich um Ruhestörung und Belästigung. Frank berichtet uns weiter darüber.

3. Referat von Frank Leykauf

Thema: Pro und Contraargumente zur Legalisierung von Cannabis in der BRD; Handout kann zugemailt werden

4. Sonstiges

Organisation einer Demo mit dem Jugendhaus zum Thema: Online Durchsuchungen und Grundrechts Beschränkungen. Dieses Thema wird auf einer der nächsten Sitzungen weiter behandelt.

5. Wahlkampf

Michelle schlägt vor, dass für den Wahlkampf, wieder Arbeitskreise gebildet werden. Michelle bittet um Vorschläge für Aufdrucke auf Buttons oder Aufkleber. Dies können Bilder oder auch Sprüche sein.

Der Vorstand bedankt sich bei Frank Leykauf für den ausführlichen Vortrag.

Andreas Wäger



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

Stellungnahme der Islamischen Gemeinde anlässlich des 6. Jahrestags der Terroran- schläge am 11. September

Anlässlich des 6. Jahrestags der Terroranschläge des 11. Septembers gedenkt die IGE den Opfern und den Angehörigen dieses Anschlags, der sich gegen unschuldige Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit richtete.

Im Rahmen bereits langjähriger Dialog- und Aufklärungsarbeit sowohl mit Nichtmuslimen als auch mit Muslimen hat die IGE immer wieder betont,

dass der Terror im Islam keinerlei Rechtfertigung findet und im Gegensatz zur Botschaft des Islam steht, nämlich der des „Friedenmachens“, die auch in der Grußformel „Salam“ zum Ausdruck kommt. Als Reaktion auf die Instrumentalisierung des Islams hatte die IGE vor 3 Jahren die Initiative „NINDI= Nicht im Namen des Islam“ ins Leben gerufen, der sich bereits zahlreiche Muslime und Nichtmuslime angeschlossen haben.

Außer Frage steht, dass die Islamische Gemeinde Erlangen radikale jeglicher Form weder in der Moschee noch außerhalb ihrer Räumlichkeiten wünscht und dass extremistisches Gedankengut in unserer Gemeinde keinen Platz hat. Und damit ist die IGE sich mit Frau Zypries einig, wenn sie sagt: „Ich bin mir sicher, dass die friedliebenden Muslime nicht wollen, dass ihre Gemeinde durch Gewalttäter in Misskredit gebracht wird.“

Genauso wenig möchten wir jedoch, dass Muslime unter Generalverdacht gestellt werden. Im Hinblick auf die Aufforderung durch Justizministerin Zypries, gerichtet an die Moscheen in Deutschland, radikale an Behörden zu melden und Radikalisierungstendenzen aktiv entgegen zu wirken, fragt sich die IGE, wie sie dies bewerkstelligen soll. Eine Moschee ist ein öffentlicher Gebetsort und es kann nicht für jeden einzelnen Betenden vor Betreten der Moschee eine Gesinnungsprüfung durchgeführt werden.

Die Erlanger Muslime betonen auch aus aktuellem Anlass erneut, dass das friedliche Zusammenleben eine gemeinsame Verantwortung ist. Sich dessen bewusst, dass der Islam nicht das „eigentli-

che Problem“ ist, wie immer wieder Politiker behaupten, wünscht sich die IGE, wie auch deutschlandweit die Islamischen Gemeinden und Verbände, an den Lösungsansätzen für das „Wider den Terrorismus“ gleichberechtigt beteiligt zu sein.

Die IGE appelliert an Politik und Gesellschaft, sich gemeinsam mit den Muslimen, die sich einem immer stärkeren Druck ausgesetzt

fühlen, an einen Tisch zu setzen. Es gilt, sich gemeinsam mit den Themen Extremismus und Terrorismus auseinanderzusetzen, derartigen Bestrebungen Einhalt zu gebieten und das friedliche Miteinander nicht weiter zu belasten, sondern zu sichern.

Mit Bestürzung hat die Gemeinde auch den Messerangriff auf einen Frankfurter Rabbiner zur Kenntnis genommen. In Deutschland muss es weiterhin möglich sein, öffentlich religiöse Symbole zu tragen, sei es die Kippa oder das Kopftuch, ohne Opfer von Beleidigungen oder gar tätlichen Angriffen zu werden.

Vorstand der Islamischen Gemeinde in Erlangen e.V.
Mohamed Abuelqomsan (1. Vorsitzende)
Frau Dr. Faouz Allali (2. Vorsitzende)

Wirtschaftlicher Aufschwung - Erfolg sozialdemokratischer Politik

Einladung des SPD-Kreisverbands Erlangen-Höchststadt zur Veranstaltung mit Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD

- Samstag, 6. Oktober, 17:00 Uhr
- Hallerhof in Bukkenhof, Tennenloher Str. 3



Ablauf

- Begrüßung: **Fritz Müller**, SPD-Kreisvorsitzender Erlangen-Höchststadt
- Grußwort: **Eberhard Irlinger**, Landrat Erlangen-Höchststadt
- Referat: **Hubertus Heil**, Generalsekretär der SPD
Thema: Wirtschaftlicher Aufschwung - Erfolg sozialdemokratischer Politik -

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe November 2007
26.10.2007**

Haushaltsseminar der Fraktion

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kandidatinnen und Kandidaten, das Haushaltsseminar der Fraktion findet dieses Jahr statt am

**Samstag, 6. Oktober
von 9 bis 15 Uhr
im Turnerbund.**

Gemeinsam möchten wir mit Euch die grundsätzliche Linie der SPD-Stadtratsfraktion für die Haushaltsberatungen diskutieren. Daneben geht es um die Anträge und Positionen in den einzelnen Fachbereichen.

Dazu seid ihr alle herzlich eingeladen. Insbesondere für die Kandidatinnen und Kandidaten ist dies eine gute Gelegenheit sich argumentativ auf die "heiße Phase" vorzubereiten.

Damit wir ausreichend Unterlagen kopieren können, meldet Euch bitte im Fraktionsbüro bei Saskia Coerlin an (Tel. 862225, spd@erlangen.de).

Mit solidarischen Grüßen

Gisela Niclas Florian Janik
Fraktions- Sprecher für Haus-
vorsitzende halts- und Finanz-
politik



SPD –

Rathaustelegamm

Nummer 09/2007

S. 1

SPD-Stadtrat Milzarek in Jena: „Gemeinsam gegen Rechts“

Am 8. September besuchte SPD-Stadtrat Fred Milzarek die Erlanger Partnerstadt Jena, um an einer Gegendemonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch teilzunehmen. In seiner Rede vor den ca. 3000 Demonstranten gegen Rechts übermittelte er in Vertretung des Oberbürgermeisters die Grüße der Stadt Erlangen und der Bürgerschaft und bekräftigte die Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern von Jena im Kampf gegen die Rechtsradikalen und für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland: „Es kann nicht zugelassen werden, dass wir diesen Rechtsextremen – egal wo – den Platz überlassen“, so Milzarek, und weiter: „Die NPD leugnet und verharmlost Naziverbrechen, verbreitet offenen Rassismus, beteiligt sich an ausländerfeindlichen Gewalttaten, und Aufmärsche wie dieser in Jena werden trotzdem von den Gerichten genehmigt und müssen dann auch noch polizeilich geschützt werden. Wie lange soll noch gezögert werden, die größte Organisation des deutschen Rechtsextremismus zu verbieten?“ Milzarek warb damit um breite Unterstützung für die Kampagne „NPD-Verbot jetzt“, damit der Bundestag endlich wieder handelt. Er forderte alle Demokraten dazu auf, zusammen standhaft zu bleiben und sich mit allen demokratischen Mitteln gegen die neuen Nazis zu wehren. Seine Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.



SPD Fraktion fordert: Büchergeld sofort abschaffen!

Mit einem Dringlichkeitsantrag auf Initiative von OB-Kandidatin Ursula Lanig und SPD-Stadträtin Barbara Pfister zur Stadtratssitzung 'am 27.09.07 wendet sich die SPD-Stadratsfraktion gegen die weitere Erhebung des Büchergeldes und fordert die sofortige Abschaffung durch den Freistaat Bayern. Mitte September hatte die bayerische Staatsregierung verlauten lassen, dass das Büchergeld wieder abgeschafft werden soll, allerdings erst zum Schuljahr 2008/2009. Was die SPD von Anfang an gesagt und kritisiert hat – nämlich, dass das Büchergeld weder sinnvoll noch notwendig ist, die Eltern unverhältnismäßig stark belastet und zudem hohen Verwaltungsaufwand erfordert – hat jetzt also offensichtlich auch die Staatsregierung verstanden. Umso unverständlicher erscheint es der SPD-Fraktion, wieso das sozial ungerechte und familienfeindliche Büchergeld im laufenden Schuljahr noch eingesammelt werden soll. In ihrem Antrag fordert die SPD die Stadt Erlangen auf, für das laufende Schuljahr kein Büchergeld mehr zu erheben. Sollte die Staatsregierung auf ihrer momentanen Position beharren, soll die Deckung für die ausfallenden Zahlungen aus in diesem Jahr nicht abgeflossenen Haushaltsmitteln erfolgen. Ein eventueller Überschuss aus früheren Büchergeldzahlungen soll in der Verfügung der Schulen bleiben.

SPD schlägt Alarm: Doch kein Architektenwettbewerb beim Stadtteilzentrum Büchenbach?

Schlechte Nachrichten vom soziokulturellen Stadtteilzentrum in Büchenbach: Im Mai hatte sich die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ursula Lanig, noch darüber freuen können, dass die Planung des Bürgerzentrums in Büchenbach „jetzt endlich gesichert“ sei (siehe RT 5/2007), in der Stadtratssitzung vom 26. Juli konnte sich ihre Fraktion mit ihrem Antrag für die Durchführung eines



Architektenwettbewerbs durchsetzen mit dem Ziel, sowohl qualitätsvolle Architektur zu schaffen als auch während der Planung breite Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Es sollte endlich Schluss sein mit der Stadtplanung nach Investoreninteresse, erst recht bei einem „Kernstück“ kommunaler Infrastruktur wie dem Stadtteilzentrum. Doch momentan sieht es so aus, als hätte sich die SPD vielleicht doch zu früh gefreut. Zwar gibt es einen klaren Stadtratsbeschluss, aber es erscheint fraglich, ob er auch umgesetzt werden wird. Anlässlich eines Gesprächs zwischen Stadtverwaltung und Büchenbacher Bürgerinnen und Bürgern, an dem auch die SPD-West-Stadträtinnen Ingrid Kiesewetter und Felicitas Traub-Eichhorn teilnahmen, ergaben sich jetzt nämlich für die SPD-Fraktion erhebliche Zweifel am Willen der CSU/FDP/FWG-Mehrheit und der Stadtverwaltung, einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Beide Stadträtinnen kritisieren nachdrücklich die unberechenbare Politik der Stadtratsmehrheit, die dem Architektenwettbewerb eigentlich ja schon zugestimmt hatte und ihn offenbar jetzt wieder in Frage stellt. Mit einer Anfrage im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss (UVPA) wird umgehend kritisch nachgehakt. Falls die Antwort nicht zufriedenstellend ausfällt, wird die SPD-Stadtratsfraktion das Thema in den September-Stadtrat einbringen. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürgern von Büchenbach sind bei der SPD gut aufgehoben.



Ehrung der Staatsregierung für Ortsbeiratsvorsitzenden Walter Fellermeier

Walter Fellermeier ist am 20. August im Ansbacher Schloss die Bronzemedaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung verliehen worden. Seit mehr als 30 Jahren als Vertreter der SPD im Ortsbeirat Frauenaurach engagiert er sich als langjähriger Vorsitzender des Gremiums und als Sprecher aller Erlanger Ortsbeiräte in der Kommunalpolitik. Ortsbeiräte sind für ihn ein solides Stück direkter Demokratie in den Stadtteilen. Auch im Sport setzt Walter Fellermeier als Vorsitzender des BLSV Erlangen-Höchststadt und als beratendes Mitglied im Sportausschuss des Erlanger Stadtrates Signale. OB-Kandidatin Ursula Lanig und die ganze SPD-Stadtratsfraktion gratulierten ganz herzlich!

Grundstücke für Mehrgenerationenwohnen

Ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion beschäftigt sich mit dem Thema „Mehrgenerationenwohnen“ im Neubaugebiet Büchenbach-West. Anlass dafür ist die veränderte Zusammensetzung der Haushalte beispielsweise westlich des Holzwegs. Als das Baugebiet Anfang der 90erjahre ausgewiesen wurde, war es vor allem für junge Familien mit Kindern attraktiv. Inzwischen sind viele dieser Kinder ausgezogen, so dass neue Bedürfnisse der Elterngeneration an das Wohnumfeld entstanden sind. Die sehr stark auf Einfamilienhäuser orientierte Bebauung macht es jedoch den unterschiedlichen Generationen schwer, in räumlicher Nähe zueinander wohnen können. Hier sind nach Ansicht der SPD-Fraktion Korrekturen in der Stadtentwicklung nötig. Vorbild für den Antrag ist das Projekt der privaten Initiative „Stadtquartier“ im Röthelheimpark, in dem das Zusammenleben von Jung und Alt realisiert werden soll. Der SPD-Antrag sieht vor, dass die Verwaltung aus planerischer Sicht für Mehrgenerationenwohnen geeignete Grundstücke aufzeigt und danach dafür sorgt, dass die Grundstücke gezielt an Bauherren verkauft werden, die Mehrgenerationenwohnen realisieren wollen.

Unsere weiteren Anträge:

- Mehr Investitionen in die Feuerwehr
- Freiflächen zum Grillen und Feiern in Büchenbach
- Verbesserung der Fuß- und Radwege über den Wiesengrund

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

SAN CARLOS -WOCHE 5. bis 10.10.07



FREITAG, 05. OKTOBER, 20.30 UHR
ERBA-VILLA, AUSSERE BRUCKER STR. 49
FIESTA DE SOLIDARIDAD
PARA SAN CARLOS (Musik, Tanzen, Cocktails usw.)

DIENSTAG, 09. OKTOBER, 18.30 UHR
LAMM-LICHTSPIELE, HAUPTSTR. 86
KRISTINA KONRADS DOKUMENTARFILM
„UNSER AMERICA“ (OMU)

Erinnerungen an ein Land, das es nicht mehr gibt.

„Unser America“ ist eine Spurensuche, eine Reise durch die Gegenwart der Vergangenheit – 25 Jahre nach einer Revolution, die niemand für möglich hielt.

Eine persönliche Annäherung einer Europäerin an ein kleines lateinamerikanisches Land, das sich damals von einer 45-jährigen Diktatur befreite, das Unmögliche versuchte und vom großen Nachbarn USA unerbitlich bekämpft wurde.

ANSCHLIESSEND DISKUSSION ZUR AKTUELLEN LAGE IN NICARAGUA

Am 05.11.2006 wurde Daniel Ortega, der Generalsekretär der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN nach 1984 zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt. Wir wollen deshalb im Anschluss an den Film über die Auswirkungen der Wahl Ortega reden.

MITTWOCH, 10. OKTOBER, 19.00 UHR
VOLKSHOCHSCHULE, FRIEDRICHSTR. 19
ERSTE ERLANGER BÜRGER/INNEN/REISE
NACH SAN CARLOS Informationen und Dias

Nach mehreren Privatbesuchen von ErlangerInnen, nach Informationsveranstaltungen und Aktionen und auch nachdem letztes Jahr unser Oberbürgermeister und eine Stadtratsdelegation San Carlos für einige Tage besuchten, hat sich das Interesse der ErlangerInnen für unsere Partnerstadt merklich gesteigert. Wir sind deshalb der Meinung, dass es an der Zeit ist, eine Erste Erlanger BürgerInnenreise nach San Carlos zu organisieren.

Desweiteren wollen wir noch auf eine Veranstaltung in Nürnberg hinweisen: Am 3. Oktober, 20.00 Uhr, stellt Gioconda Belli zusammen mit „Grupo Sal“ im Gemeindefachhaus Langwasser das Musik- und Lyrik-Programm „Träger der Träume“ vor.

Die Veranstaltungsreihe wird von UNION PRO LATINOAMERICA (UPLA) organisiert und von Volkshochschule Erlangen Dritte Welt Laden Erlangen Lammlichtspiele SPD-Erlangen und Grüne Liste Erlangen unterstützt.

Vom 05. – 10. Oktober wird sich der engagierte Sportler und Sportlehrer Luis Orozco aus unserer Partnerstadt San Carlos in Erlangen aufhalten. Wir von UNION PRO LATINOAMERICA (UPLA) haben die Gelegenheit genutzt, eine Veranstaltungsreihe zu organisieren, bei der Luis Orozco anwesend sein wird und für Fragen und Informationen zu San Carlos und Nicaragua zur Verfügung steht. Alle bei den Veranstaltungen erwirtschafteten Erlöse werden ausschließlich Projekten in San Carlos zur Verfügung gestellt.